

KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Ausgabe 733

Pazifismus, Linke und der Krieg

Krieg und Frieden

Von Annette Ohme-Reinicke

Datum: 16.04.2025

In Zeiten, in denen Deutschland wieder "kriegstüchtig" werden soll, haben schwarz-weiße Freund-Feind-Haltungen Konjunktur. Dabei würde es sich lohnen, die Haltung jener Friedensaktivist:innen wiederzugewinnen, die Ende der 1950er-Jahre die Ostermärsche ins Leben riefen.



60 Jahre Peace-Zeichen feierte die deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK auf dem Stuttgarter Marktplatz, Februar 2018. Foto: Joachim E. Röttgers

Die Auseinandersetzungen über Krieg und Frieden, über den Ukraine- oder Gazakrieg verlaufen heutzutage oft geradezu feindselig. Wer öffentlich nach Motiven, Gründen oder

Ursachen fragt, wird nicht selten abfällig als "Versteher" verschmäht, obwohl – oder gerade weil – Verstehen nach Hannah Arendt auch die Möglichkeit der Versöhnung eröffnet. Doch das widerspricht der Freund-Feind-Haltung, die nur den Kampf zweier unversöhnlicher Lager kennt und die unsere Diskussionskultur derzeit prägt. Nach der ausgerufenen "Zeitenwende" wirkt dies wie eine freiwillige mentale Kriegsertüchtigung.

Zwischen zwei Lagern dürften sich auch die Aktivistinnen und Aktivisten gesehen haben, die sich einst, mitten im Kalten Krieg weigerten, sich auf die eine oder andere Seite großer Mächte zu schlagen, und die Ostermärsche ins Leben riefen. Sie entwickelten eine eigene Perspektive, die auch zur Grundlage für die Neue Linke, die spätere Studentenbewegung und zahlreiche Bürgerbewegungen werden sollte. Damit provozierten sie die Gesellschaft zum Nachdenken über sich selbst. Eine Perspektive, die zurückzugewinnen sich lohnen könnte.

Als das Londoner "Direct Action Committee" im April 1958 alle Gegner der atomaren Aufrüstung – "egal, ob sie eine britische, amerikanische oder russische Regierung haben" – zu einem Protestmarsch zur 84 Kilometer entfernten Atomforschungsanlage in Aldermaston aufrief, kamen 8.000 Menschen zur Abschlussveranstaltung zusammen. Daraus entstand eine internationale Kampagne für nukleare Abrüstung und die bis heute jährlich stattfindenden Ostermärsche.

Kritik an Regierungen im Osten wie im Westen

Einige der Londoner kooperierten mit einer Gruppe junger Leute um die Zeitschrift "The New Reasoner", aus deren Kreis 1959 erstmals zur Gründung einer Neuen Linken aufgerufen wurde. Sie sahen sich als "erste Generation des atomaren Zeitalters", beklagten die "politische Apathie" in der Gesellschaft und kritisierten sowohl die Regierungen des Westens wie auch des Ostens als autoritär und undemokatisch. Aus der Kritik an beiden Systemen leitete die Neue Linke auch die Forderung nach militärpolitischer Neutralität ab – und diese rief die "heftigsten Anfeindungen des Establishments hervor", hieß es in einem Gründungstext.



Ausgabe 731 vom 02.04.2025

Die Friedens-Tauben

Von Dietrich Krauß

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat friedenspolitische Grundüberzeugungen erschüttert, die für eine ganze Generation prägend waren. Putins Krieg und Trumps Politik zeigen: Frieden um fast jeden Preis taugt nicht als Programm, meint unser Autor, der einen langen Denkprozess hinter sich hat. Die Linke und Friedensfreunde müssten ihr Verhältnis zur Wehrhaftigkeit klären.

[Beitrag lesen](#)

Die Aktivistinnen und Aktivisten lehnten Avantgarde-Modelle, wonach eine kleine Gruppe "die Massen" anführt, ebenso ab wie "das fiktive Gemeinwesen autoritärer Kollektive" nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Vielmehr ging es ihnen um die Verwirklichung einer "partizipativen Demokratie" unter größtmöglicher Beteiligung der Bevölkerung und idealerweise basierend auf "freiwilligen Assoziationen von Männern und Frauen". Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sollten dabei von unten nach oben verlaufen. Man wollte nicht die Perspektive von Regierungen oder Konzernen einnehmen, sondern in Ost und West nach Verbündeten suchen und sich einsetzen "für einen neuen Internationalismus, der nicht den Sieg eines Regierungslagers über ein anderes bedeutet, sondern die Auflösung der Lager zugunsten der common people", der gesellschaftlichen Menschen. So formulierte es 1959 der britische Historiker und Aktivist Edward P. Thompson,

einer der herausragenden Intellektuellen seiner Zeit.

Die Neue Linke konnte sich auf die Untersuchungen des Soziologen Charles Wright Mills über die Zusammensetzung der US-Machtelite und den "militärisch-industriellen Komplex" beziehen. Eine Bezeichnung, die der US-amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower aufgriff und schon 1961 warnte: "Wir müssen uns davor hüten, dass der militärisch-industrielle Komplex ungerechtfertigten Einfluss erwirbt, ob gewollt oder ungewollt. Das Potential für den katastrophalen Aufstieg fehlgeleiteter Macht besteht und wird bestehen bleiben."

Vietnamkrieg als Katalysator der Antikriegsbewegung

Zwar schlossen die Sowjetunion und die USA 1963 einen Vertrag über ein Ende der oberirdischen Atomtests, doch das Wettrüsten und verschiedene Stellvertreterkriege gingen weiter. Ziele und Inhalte der Friedensgruppen vermengten sich bald mit den Protesten der Studenten, Schüler und Lehrlinge in einer Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg. Die anfangs kleinen Gruppen der Kriegsgegner wurden angefeindet und als Vaterlandsverräter denunziert. Selbst der Bürgerrechtler Martin Luther King zögerte, sich öffentlich gegen den Vietnamkrieg auszusprechen.



Ausgabe 731 vom 02.04.2025

Öko-Reichsarbeitsdienst

Von Elena Wolf

Die Grünen wollen mit dem "Freiheitsdienst" den deutschen Volkskörper stählen. Leider kein Aprilscherz.

[Beitrag lesen](#)

Dennoch entwickelte sich über Staatsgrenzen hinweg eine breite Antikriegsbewegung. In Washington fanden Mitte der 1960er-Jahre die bis dahin größten Antikriegsdemonstrationen statt. Weltweit gab es Aktionen und Kongresse, bald wurde der Vietnamkrieg als Systemfrage thematisiert: Man müsse nicht nur den Krieg beenden, sondern auch die Institutionen verändern, die ihn hervorgebracht hätten. Auch in Deutschland wurde die "Kampagne für Abrüstung" 1968 zu einer "Kampagne für Abrüstung und Demokratie" erweitert. Der internationale Druck trug zum Abzug der US-Truppen aus Vietnam im Jahre 1975 bei – nachdem Millionen vietnamesischer und Zehntausende amerikanischer Menschen getötet worden waren.

Die Antikriegsbewegung brachte ihre eigene Kultur hervor und proklamierte damit auch das Recht auf eine eigene Lebensform. Bob Dylan sang gegen die "Masters of War", und die jungen Leute erklärten, Besseres zu tun zu haben, als in den Krieg zu ziehen: "Make Love, not War!" Selbstverständlich verweigerten sie den Wehrdienst, manche verbrannten öffentlich ihre Einberufungsbescheide, riefen zum Desertieren auf und organisierten die Flucht der Soldaten in neutrale Staaten.

Als die USA, die Sowjetunion und Großbritannien 1968 einen Atomwaffensperrvertrag unterzeichneten, schien sich der Kalte Krieg abzuschwächen. Andererseits brachte die Ankündigung der Nato von 1979, neue Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, hierzulande Hunderttausende Demonstranten auf die Straße – allein im Oktober 1983 eine halbe Million im Bonner Hofgarten und 400.000 bei der Menschenkette zwischen Stuttgart und Ulm. Ihr Protest trug vermutlich dazu bei, dass die Großmächte allmählich verschiedene Schritte zur Rüstungskontrolle und -begrenzung, insbesondere der Mittelstreckenwaffen in Form des ABM-Vertrags, unternahmen.

Kalter Krieg endet, Friedensbewegung schrumpft

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges sah es zu Beginn der 1990er-Jahre zunächst nach dem Beginn einer Epoche globaler Kooperation in Frieden aus. Die Charta von Paris bekräftigte 1990 sogar die Vision eines "gemeinsamen europäischen Hauses" vom Atlantik bis nach Wladiwostok und schuf dafür erste organisatorische Voraussetzungen. Eine Bedingung auch der deutschen Wiedervereinigung

war, dass die Nato nicht "one inch to the east", also keinen Zentimeter nach Osten ausgeweitet würde. Auch die Ukraine sollte neutral bleiben, so wie etwa Österreich, Finnland und sämtliche an Russland grenzenden Staaten. Jedem hohen US-Diplomaten und Politiker war klar, dass es für Russland eine definitive "rote Linie" gab, deren Überschreitung kein einziger russischer Staatspräsident tolerieren würde. ([Link zu den Verträgen](#).)

Fragen der Auf- und Abrüstung verschwanden jetzt zunehmend aus der Öffentlichkeit, die Zahl der Ostermarschierer schrumpfte erheblich. Zugleich hatten die Militärs aus dem Vietnamkrieg gelernt, dass eine freie Berichterstattung zu unbequemer öffentlicher Kritik führen kann. "Embedded Journalism" schränkte die Kriegsberichterstattung erheblich ein. Während der damalige US-Präsident Barack Obama 2009 den Friedensnobelpreis erhielt, blieb auch weitgehend unbeachtet, dass er im Namen des "War on terror" den bis dahin größten Drohnenkrieg führen ließ. Dabei starben zahllose Zivilisten, was als "Kollateralschäden" verharmlost wurde ([Kontext berichtete](#)).



Sie wollen spenden? Dann klicken Sie aufs Bild. Vielen Dank.

Weitgehend unbemerkt blieb auch, dass die US-Außenpolitik seit 1992 durch die sogenannten Neocons, die Neokonservativen, bestimmt ist. Das Ziel dieser Gruppe Hardliner, die seither unter verschiedenen Präsidenten entscheidende Posten besetzen, ist es, "dass die USA in jeder Region der Welt die militärische Vormachtstellung innehaben" und dafür Hunderte von Militärstützpunkten auf der ganzen Welt in Stellung bringen, insbesondere gegen Russland und China, so der international renommierte Ökonom Jeffrey Sachs. Mit üppigen Spenden der Rüstungsindustrie ausgestattet, begannen US-Präsident Bill Clinton 1994 und nach ihm George W. Bush, sich über die Vereinbarung, dass die Nato nicht ausgeweitet würde, hinwegzusetzen. Im Gegenteil forderten sie Länder, die an Russland grenzen, zum Nato-Beitritt auf. Alarmiert reagierten selbst Staatspolitiker der USA wie George Kennan, Jack Matlock, der ehemalige Verteidigungsminister William Perry sowie der CIA-Direktor William Burns und warnten eindringlich.

Davon unbeeindruckt traten 1999 die Tschechische Republik, Ungarn und Polen der Nato bei. 2002 kündigte George W. Bush den ABM-Vertrag und ließ Raketen systeme in Polen und Rumänien stationieren. 2004 wurde die Nato um weitere sieben Staaten erweitert. Der Beitritt

der Ukraine wurde 2008 während des Nato-Gipfels in Bukarest von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy verhindert. Eine Begründung war damals, dass die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung gar keine Mitgliedschaft wolle.

Lloyd Austin: Ziel ist, Russland zu schwächen

Als im Februar 2022 Russland die Ukraine überfiel, verteidigte sich die Ukraine auch mit vielen von den USA gelieferten Waffen und profitierte von Aufklärungsdaten des US-Militärs. Die Ziele der US-Regierung am Krieg in der Ukraine erklärte der damalige Verteidigungsminister Lloyd Austin im April 2022 in Ramstein: Es gehe den USA darum, Russland zu schwächen.

Wohlgemerkt: zu schwächen, nicht: zu besiegen. Den zynischen Realismus, der hinter dieser Strategie zum Vorschein kommt, hatte der US-amerikanische Linguist Noam Chomsky (dem übrigens 2010 in Stuttgart der Erich-Fromm-Preis verliehen worden war) im Frühjahr 2022 auf die Formel gebracht: "Die USA bekämpfen Russland bis zum letzten Ukrainer."



Ausgabe 728 vom 12.03.2025

Zwischen zwei Drecksäcken

Von Cornelius W. M. Oettle

Europa stellt sich nicht die Frage: Aufrüstung ja oder nein? Sondern eher: Welches Bomberl hätten S' denn gern? Unser Kolumnist hat militärstrategisch aufgerüstet und die Einschätzungen von Expert:innen verfolgt.

Beitrag lesen

Das Ziel, "Russland zu schwächen" erklärt vielleicht warum, wie der österreichische Oberst, Historiker und Analyst Markus Reisner immer wieder darlegt, die ukrainische Armee während des gesamten Krieges immer genau so viel an militärischem Gerät und Unterstützung von der Nato bekam, dass sie sich gerade noch verteidigen, aber nie so viel, dass sie Russland wirklich angreifen konnte.

Über das erklärte Kriegsziel der USA gingen viele Politiker und andere noch hinaus, forderten einen "Sieg über Russland" und dafür immer mehr Waffenlieferungen. Sie erklärten jedoch nie, wie ein solcher Sieg möglich sein sollte.

Das größte militärische Problem sei zurzeit, so Reisner, "der Mangel an verfügbaren Soldaten an der Front". Oft sind die Bataillone nur zur Hälfte besetzt, die Situation ist "prekär" und die ukrainischen geraten gegenüber den russischen Soldaten zunehmend in die Minderzahl. Folglich könnten noch so viele Waffen in die Ukraine geliefert werden, es fehlt dort an kriegswilligen und -tauglichen Menschen.

Dass die Ukraine den Krieg unter diesen Bedingungen nicht "gewinnen" würde, zeichnet sich schon länger ab. Doch weder der Kontext des Krieges noch der genaue Verlauf wurden in den Medien wirklich thematisiert. Das gleiche gilt für die Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung im März und April 2022. Zu dieser Zeit lag ein Waffenstillstandsentwurf auf dem Tisch, der eine neutrale Ukraine in ihren völkerrechtlich anerkannten Grenzen vorgesehen hatte. Doch die USA und die Nato entschieden, die Ukraine zur Fortsetzung der Kämpfe anzuhalten, um Russland wirtschaftlich, militärisch und diplomatisch geopolitisch nachhaltig zu schwächen. Das sollte zwar nicht funktionieren, aber es kostete das Land, für dessen Sicherheit sich der Westen angeblich einsetzte, sehr viele Menschenleben.

Hätte es einen öffentlichen Druck der Straße gegeben, eine Antikriegsbewegung, die sich für Verhandlungen einsetzte und auch die Interessen etwa der 300.000 in Deutschland lebenden ukrainischen Deserteure berücksichtigte, wäre die Sache vielleicht anders ausgegangen.

Die irrationale Furcht vor dem russischen Überfall

Stattdessen wird jetzt immer lauter vor der Gefahr eines "russischen Überfalls" auf die Nato gewarnt. Wer das Geschehen jedoch rational betrachtet wie der deutsche General a.D. Wolfgang Richter, Markus Reisner oder Jeffrey Sachs, kommt zu dem Schluss, dass die russische Regierung weder willens noch demnächst in der Lage ist, die Nato anzugreifen.

Gleichwohl fürchten sich 56 Prozent in Deutschland aktuell vor einem "großen Krieg". Grund dafür dürften nicht nur das beschlossene "Sondervermögen Bundeswehr" sein, sondern auch Bedrohungsszenarien, die zunehmend verbreitet werden. Aufforderungen, Lebensmittelvorräte anzulegen, über vorhandene Bunker nachzudenken oder Rekrutierungsversuche für die Bundeswehr an Schulen dienen dazu, dass sich die Leute in einen Kriegszustand imaginieren.

Es ist eine Binsenweisheit, dass dabei auch Ängste kanalisiert werden und von den Alltagsproblemen – wie steigenden Lebenshaltungskosten, Inflation und Wohnungsnot – abgelenkt wird. Und dass sich die Militarisierung einer Gesellschaft bestens zu deren Disziplinierung eignet, wussten bereits die Preußen; genauso wie Leo Trotzki, als er die Rote Armee aufbaute.

"Wir" sollen bedroht sein – aber wer ist "wir"?



Ausgabe 627 vom 05.04.2023

Schuldverschiebung

Von *Gastautor Paul Schäfer*

In Teilen der Linken wird im Diskurs um den Ukraine-Krieg der Aggressor Putin entlastet, der schwarze Peter der Führung in Kiew und dem sie unterstützenden Westen zugeschoben. Das ist nicht nur eine gefährliche Verdrängung der Realität, sondern auch linker Traditionen, findet unser Autor.

Beitrag lesen

Wenn heute die Rede davon ist, dass "wir" bedroht sind und "uns" militärisch schützen müssen, dann unterstellt dieses "Wir" ein homogenes Staatsvolk Deutschlands. Das ist im Kern eine nationalistische Identifikation. National, gegen einen vermeintlichen ausländischen Gegner vereint, verblassen erfahrungsgemäß auch Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit. Diese nationale Identifikation wiederum ist im schlechtesten Fall offen für den "Nationalstolz" der Rechtsextremen, der sich diffus gegen "die Fremden" richtet und erklärtermaßen in einem postdemokratischen Staat die Grundlage einer Kriegsmobilisierung sein soll.

Die andere Perspektive könnte in der Forderung nach friedlicher Koexistenz der verschiedenen Staaten liegen, nach einem allgemeinen Atomwaffensperrvertrag, weltweiter Abrüstung und für den Schutz der globalen Gemeingüter, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und gerechte Verteilung. Die Beteiligung der Bevölkerungen an Entscheidungen über Krieg und Frieden müsste auch institutionell gewährleistet sein.

Die alte, revolutionäre Idee, dass jeder Staat auf dem Prinzip "Für die Leute, von den Leuten, durch die Leute" fußen sollte, scheint heute zwar utopischer denn je. Dass sich derlei Visionen umsetzen lassen könnten und öffentlicher Druck der "common people" mächtig sein kann, zeigt jedoch auch die Geschichte der Antikriegsbewegung.

Annette Ohme-Reinicke, Soziologin, unterrichtete viele Jahre an der Universität Stuttgart. Ihr Buch "Soziale Bewegungen – Ursprünge und aktuelle Formen" erscheint demnächst im Schmetterling Verlag.

Wir brauchen Sie!

Kontext steht seit 2011 für kritischen und vor allem unabhängigen Journalismus – damit sind wir eines der ältesten werbefreien und gemeinnützigen Non-Profit-Medien in Deutschland. Unsere Redaktion lebt maßgeblich von Spenden und freiwilliger finanzieller Unterstützung unserer Community. Wir wollen keine Paywall oder sonst ein Modell der bezahlten Mitgliedschaft, stattdessen gibt es jeden Mittwoch eine neue Ausgabe unserer Zeitung frei im Netz zu lesen. Weil wir unabhängigen Journalismus für ein wichtiges demokratisches Gut halten, das allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein sollte – auch denen, die nur wenig Geld zur Verfügung haben. Eine solidarische Finanzierung unserer Arbeit ermöglichen derzeit 2.500 Spender:innen, die uns regelmäßig unterstützen. Wir laden Sie herzlich ein, dazuzugehören! [Schon mit 10 Euro im Monat sind Sie dabei. Gerne können Sie auch einmalig spenden.](#)